

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. K. Schmidt. Druck: A. K. Schmidt. Verlagsanstalt: A. K. Schmidt. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Postamt: A. K. Schmidt. Abonnement: 3.00 M. pro Jahr. Einzelhefte: 0.30 M. pro Heft.

Redaktionspreis: Die Redaktionspreise betragen für den Raum für Anzeigen aus Aue und dem Gebiet Erzgebirge 10 Pf., auswärtige Anzeigen 15 Pf., Reichsanzeigen 20 Pf. Bei größeren Abstellungen entsprechende Rabatte. Für die Anzeigen im Gau Aue gelten die Preise für den Raum für Anzeigen aus Aue und dem Gebiet Erzgebirge. Die Anzeigen im Gau Aue gelten die Preise für den Raum für Anzeigen aus Aue und dem Gebiet Erzgebirge.

Nr. 178. Dienstag, den 2. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Bei Beratungen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation der Dürre erkrankenden Untertanen im Reichsernährungsministerium traten Landesregierungen und Landwirtschaft u. a. für die Einführung von Rohstofftarifen für Futter- und Streumittel ein.

In der gestrigen Rektorwahl der Berliner Universität wurde der bekannte Pflanzler Geheimrat Professor Dr. Ernst zum Rektor gewählt.

Der angekündigte gemeinsame Schritt der Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens in der Frage des Transportes von Verstärkungen nach Oberschlesien ist noch nicht erfolgt.

Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates, die auf den 8. August festgesetzt worden ist, wurden an die beteiligten Mächte abgesandt.

Die Infolge der furchtbaren russischen Hungersnot für die Sowjetregierung entstandene Lage wird in Meldungen aus Russland als kritisch geschildert.

Auf dem Weg zur Entscheidung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter)

Endlich ist es Briand gelangt, aus der Sackgasse herauszukommen, in die ihn seine vorläufige Prestigepolitik geführt hatte. England hat zwar nicht zugegeben, daß Frankreich allein von Deutschland Verfehlungen für Truppentransporte nach Oberschlesien fordern dürfe; und es hat erst recht nicht zugegeben, daß Frankreich etwa auf dem Seeweg über Danzig selbständig handle. Nur um ein Pfäffchen auf die französische Wunde zu legen, hat sich die englische Regierung dazu herbeigelassen, ihren Botschafter in Berlin zu beauftragen, gemeinsam mit dem französischen und italienischen Vertreter bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sie sich bereit halten sollte, durch alle geeigneten Mittel den Transport der alliierten Truppen durch Deutschland zu erleichtern, wenn die Lage in Oberschlesien jeden Tag notwendiger machen solle. Diese Maßnahme werden damit in Berlin nur offene Türen eingerannt. Denn ausdrücklich und wiederholt hat sich ja der deutsche Außenminister bereit erklärt, eine solche gemeinsame Forderung der Befehlsmächte zu erfüllen, wie es der Vertrag von Versailles vorschreibt. Aber die große Gefahr ist im Interesse der Einigkeit über den mentales der weiteren Zusammenarbeit von England und Frankreich für notwendig erachtet worden. Briand kann wenigstens einen äußerlichen Schein Erfolg buchen, auf den er umso richtiger sein mußte, als die diplomatische Schluppe ganz unmerklich ist, die er in der Frage der Truppenentsendung erlitten hat. Erst der Oberste Rat wird nun entscheiden, ob überhaupt und wann und wieviele Truppen nach Oberschlesien gesandt werden sollen. Dann wird sich auch England schlüssig werden, ob neben den französischen noch englische Soldaten zu entsenden sind. Gegenwärtig haben die französischen noch die Zahl nach dem Uebergang in Oberschlesien.

Aber das alles war ja nur Vorgefacht. Viel bedeutsamer als der Kampf um die Truppenverstärkungen wird natürlich das Ringen um die Grenzlinie in Oberschlesien werden. Schon aus dem Vorgefacht kann man erkennen, mit welcher Häufigkeit die beiden Hauptmächte ihre Sonderinteressen bezüglich Oberschlesiens zu wahren bemüht sind: Frankreich seinen beherrschenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung und politische Erstarkung des polnischen Vorkriegstaates, und England die Verhinderung eines überstarken Wirtschaftsimperiums Frankreichs auf dem Kontinent. Am 8. August soll nun die Tagung des Obersten Rates beginnen. Briand wird die Einladungen an die fünf Hauptmächte erlassen. Neben England und Frankreich werden Italien, Amerika und Japan vertreten sein, Amerika wahrscheinlich nur als Beobachter. Sollten sich die englischen Meldungen bestätigen, daß auch die Aufhebung der Sanktionen von England beantragt wird, so würde zu diesen Erörterungen noch das hieran interessierte Belgien zugezogen werden. Jedenfalls dürfte die Tagung längere Zeit in Anspruch nehmen. Von den Arbeiten des Sachverständigenausschusses, der dem Obersten Rat einen einstimmigen Vorschlag unterbreiten sollte, ist es wieder auffallend still geworden. Niemand vermag im Augenblick mit einiger Wahrscheinlichkeit vorherzusagen, wie die Kontroverse des Obersten Rates auslaufen wird. Mit angehaltenem Atem verfolgt das deutsche Volk die Vorbereitungen für die bevorstehende Entscheidung. Es wagt jetzt in allen seinen Schichten, daß es um eines seiner Lebensfragen geht. Die Polen haben in Verbindung mit den Franzosen alles getan, was nur legend denkbar war, um die Rechtslage zu klären und die Unschärfe zu beseitigen. Aber ihre Pläne haben auf die Dauer keinen Eindruck machen können. Die ganze Welt hat inzwischen erfahren, daß Deutschland mit beiden Bel-

nen fest auf dem Wortlaut des Versailler Vertrages über Oberschlesien steht und eine klare Entscheidung nach dem Recht der Selbstbestimmung verlangt, wie diese in der Volksabstimmung zutage getreten ist. Was daneben die Entente nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten entscheiden: sie sprechen sämtlich zu Deutschlands Gunsten. Oberhalb stehen ungeteilt für Deutschland, das ist der einmütige Ruf aller deutschen Stämme, aller deutschen Parteien, aller deutschen Regierungen; das ist natürlich erst recht der Ruf ganz Oberschlesiens. Und dieser Ruf muß von jetzt ab bis zu dem Augenblick der Entscheidung des Obersten Rates unaufhörlich und laut und ungewandelt erhalten. Nach der Betonung des unerschütterlichen Rechtsstandpunktes muß dann ebenso bestimmt und andauernd den Ententemächtern klar gemacht werden, daß eine Aufspaltung des ober-schlesischen Industriegebietes an Polen oder auch nur eine Verletzung desselben ein Unheil nicht nur für das betroffene Land und nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten würde. Rufen, aufklären, protestieren und nicht müde werden bis zum Tag der Entscheidung, das ist jetzt die wichtigste Aufgabe deutscher Oberschlesienpolitik. Schlimm genug, daß wir nur Zuschauer sein dürfen, wenn andere außerhalb Deutschlands über unsere Lebensmöglichkeiten entscheiden. Um so weniger dürfen wir erlauben, daß die Welt und die feindlichen Mächte über unsere Lage und über unser gutes Recht und über ihre eigenen Interessen an Oberschlesien aufzuklären.

Demokratische Mittelstandsfürsorge.

Dr. Die Deutsche Demokratische Partei ist dem von ihr in der Verfassung von Weimar festgelegten Grundsatz im Art. 164 (Schutz und Förderung des Mittelstandes in Stadt und Land) treu geblieben: sie hat im Parlament stets als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, alles zu tun, um die schwer um ihre Existenz ringenden mittleren Volksschichten in jeder Weise zu stützen. Mit besonderem Eifer hat sich die demokratische Reichstagsfraktion und vor allem ihr Mitglied Reichstagsabgeordneter Riese, Rasse der Mittelstandsinteressen angenommen. Es seien hier folgende wichtige Anträge und Anregungen der Demokraten im Reichstage wiedergegeben: Im März brachte der Abg. Riese einen Antrag ein, den die Regierung ersuchte, schleunigst Maßnahmen zu treffen, damit alle den Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen unterbleiben. Riese kam mit diesem Antrage einem lange gehegten Wunsche aller Mittelstandskreise entgegen, die wegen der drohenden Gefahr der Verstaatlichung weiterer Kreise der Lebensmittelgewerbe, sowie der für häuslichen Bedarf arbeitenden Gewerbebetriebe u. a. in Sorge waren. Es kam darauf an, durch Annahme dieses Antrages für kommunalisierungslustige Stadtverwaltungen eine Schranke zu errichten, um so den selbständigen Mittelstand zu schützen. Der Antrag wurde am 1. März gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Kurze Zeit darauf nahm der Reichstag bei der Beratung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums einen weiteren demokratischen Antrag an, den die Regierung ersuchte, den Korporationen des Handwerks die für das Handwerk vorgesehenen Arbeiten zu angemessenen Preisen zu übertragen, da diese in der Lage sind, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe genau beurteilen zu können. Mit diesem Antrage sollte das ungeliebte Substitutionswesen ausgemerzt und so die besten die Selbstverwaltungsberechtigten des Handwerks (Zünfte, Genossenschaften usw.) als Vermittler eingesetzt werden. Von Bedeutung war fernerhin das mehrfache Entreten des Abg. Riese für eine hinreichende Vereinfachung des Handwerks bei den in Aussicht stehenden Wiederaufbauarbeiten. Erst vor kurzem wurde auf die kleine Antragsfrage des Abg. Riese mit Unterstützung der demokratischen Fraktion hingewiesen, die bewachte, die Regierung zu veranlassen, bei Vergabe der Arbeiten für die an Frankreich zu liefernden Holzbaracken das Handwerk direkt in genügender Weise zu beteiligen, nicht durch Vermittlung von Großunternehmern, wie es ursprünglich beabsichtigt gewesen sein soll. Kurz vor dem Sommerferien wurde von der demokratischen Fraktion mit Unterstützung anderer bürgerlicher Parteien eine Interpellation eingebracht, wie sich die Regierung zur Regelung der Behringfrage stelle. Bekanntlich beabsichtigen sozialdemokratische Kreise, die bewährte Handwerkslehre in ein reines Arbeitsverhältnis umzuwandeln, wogegen klar Front gemacht werden muß. Die Handwerkslehre muß als Grundlage eines belebten Gewerbebestandes unbedingt erhalten bleiben. Wenn von den Gegnern wieder einmal behauptet werden sollte, die Demokraten hätten kein Herz für den Mittelstand, so wird man mit Fug und Recht darauf hinweisen dürfen, daß in der Fürsorge für den Gewerbebestand, wie die erwähnten Anträge beweisen, die Demokraten eine führende Rolle im Parlament gespielt haben und auch künftig spielen werden.

Die Lösung der Wohnungsfrage

Der Unter Ausschluß für das Wohnungswesen hat Vorschläge zur Lösung der Wohnungs- und Siedlungsfrage des demokratischen Vdg. War Jahr im Trud erheben lassen. In die Spitze seiner Ausführungen stellt Vahr die Erklärung, daß Reich, Länder, Kreise, Gemeinden und Wirtschaftsbetriebe noch weiter für eine begrenzte Zeit große Opfer als verlorenes Geld bringen müssen. Alle werden zunächst mit dem: Wir können nicht mehr! Einpruch erheben; allen wird ein unbedenkliches: Ihr müßt! entgegengehalten werden müssen. Niemand dürfe geschont werden, am allerwenigsten der Hause. Wer Wohnung oder Siedlung haben wolle, müsse sein eigenes Kapital und noch mehr, seine zähe, angepaßte Arbeitskraft dafür einsetzen. Das erforderliche Kapital zerlegt Vahr in 4 Gruppen: a) Eigenkapital oder Arbeitsleistung des Wohnungsbauers oder Siedlers, etwa 15 Prozent bei Wohnhäusern, etwa 20 Prozent bei Siedlungen; b) erstklassige feste Hypothek, wie oben 15 bzw. 20 Prozent; c) zweifache Tilgungshypothek, garantiert, vom Kreise zu beschaffen durch Pfandbriefe, 30 bzw. 40 Prozent; d) Rückfuß als verlorenes Geld zu tragen mit 1/2 vom Reich, 1/2 vom Land, 1/2 vom Kreise, 10 bzw. 20 Prozent. Bei Wohnhäusern wird gefordert und angenommen, daß etwa die Hälfte ohne Rückfuß hergestellt wird, während der Ertrag bei Wohnungen 60 Prozent, bei Siedlungen 80 Prozent verzinsen und daneben die 30 bzw. 40 Prozent Pfandbriefhypotheken tilgen soll. Miete für Aufschubwohnungen wird festgelegt in einer Höhe, die Verzinsung und Tilgung der 60 Prozent deckt. Vahr stellt dann ein Arbeitsprogramm für 5 Jahre auf, in dem 1 Million Wohnungen und 400 000 Siedlungen errichtet werden sollen. Als Kapitalbedarf und Finanzbelastung für die Wohnungen berechnet er pro Jahr 12 Milliarden, aufzubringen durch eigenes Kapital des Erbauers sind davon 1,8 Milliarden, durch erstklassige Hypothek 1,8 Milliarden, durch zweifache Pfandbriefhypothek 3,6, durch Rückfuß (zu Tritte) 2,8 auf eigenen Mitteln für Arbeitnehmer und Private 2,50 Milliarden. Für die Siedlungen errechnet er einen Bedarf von 96 Milliarden in ähnlicher Weise. Demnach hätten zuzuschließen pro Jahr für Wohnungen und Siedlungen zusammen das Reich 2,16, Preußen 1 Milliarden (400 Siedlungen) 1,28 Millionen, eine Dorfgemeinde von 1000 Seelen (5 Wohnungen und 5 Siedlungen) 24 000 Mark, eine Stadtgemeinde von 40 000 Seelen (400 Wohnungen und 112 Siedlungen) 998 400 Mark, ein Betrieb von 1000 Arbeitnehmern (20 Wohnungen) 96 000 Mark oder auf einen Arbeiter 5 Jahre lang jährlich 96 Mark — etwa 4 Pf. auf jede Arbeitsstunde. Am Schlusse betont Vahr, daß damit in 5 Jahren das Wohnungselend beseitigt werde, die Erwerbslosen verschwinden und damit die Erwerbslosenunterstützung, die Ernährung eine wesentliche Verbesserung erfahre und die Erleichterung unserer Auslandszahlungen unserer Geldwert stärke.

Polens Wirtschaftslage.

Dr. In der polnischen Zeitschrift 20. Wiel (Zwanzigstes Jahrhundert) äußert sich der polnische Ministerpräsident Witos in längeren Ausführungen über die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage Polens. Wenn man bei diesen Ausführungen einen Überblick macht indem man den aus Notationsgründen notwendigen Optimismus bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zwecks Besserung der polnischen Valuta sich vergegenwärtigt, wenn man von den rein optischen Äußerungen im ober-schlesischen Problem absteht, so stellen diese Ausführungen ein recht erhebliches Material zur Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage Polens dar. Was der Minister über die innerpolitische Konsolidierung, über das Abflauen der Parte- und Klassenkämpfe bemerkt, gehört unter das Kapitel Abstrich, denn es soll die Hoffnung erwecken, daß die bisher sehr unvollkommene staatliche Konstruktion nach Überwindung der inneren und äußeren Schwachstellen mit größerem Erfolge vor sich gehen wird, und wenn der Minister gar behauptet, daß die Kreise des politischen Denkens sich in bisher indifferenten Kreisen zu entwickeln beginnen, so wird man keine Ansprüche in dieser Beziehung als äußerst niedrig einschätzen müssen. Die wirtschaftlichen Daten seines Aufzuges dagegen bieten viel Interessantes. Sie zeigen zunächst, daß die polnische Regierung in der Tat bestrebt ist, die stark mitgenommene Agrarwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Nach Witos Angaben hat die polnische Regierung in einer großartigen Disposition den Gebieten, die bei der bolschewistischen Offensive zu fast nur 50 Prozent bebaut waren, Ackergeräte und Vorrat gesammelt. Die amtliche Schätzung konstatiert die Erfolge dieser Disposition durch eine um 80 Prozent erhöhte Roggen- und um 20 Prozent erhöhte Weizenerte gegenüber dem Vorjahre (57 000 Tonnen Roggen gegenüber 819 000 Tonnen, 2 810 000 Tonnen gegen 1 900 000 Tonnen Weizen). Auch die Futterproduktion hat ein mehr von 5000 Tonnen gegenüber dem Vorjahre erfahren, und die Spiritusproduktion zählt bereits in der ersten Hälfte des Jahres 43 Millionen Liter gegenüber 25 Millionen im Vorjahre. Setzt also in der Tat das Gebiet der Agrarwirtschaft